

# **10 Punkte-Programm**

## **zum Erhalt der Solarindustrie in Deutschland**

### **Ausgangslage**

Der Einsatz von Photovoltaik (PV) zur Erzeugung klimafreundlichen Solarstroms ist ein zentraler Pfeiler für eine erfolgreiche Energiewende in Deutschland und Europa. Dafür ist die Stärkung der Solarindustrie in Deutschland und Europa von grundlegender Bedeutung.

Nach der Krise der deutschen Solarindustrie in den 2010er-Jahren befindet sich diese in den letzten Jahren wieder im Aufwind. Die positiven Aussichten werden jedoch insbesondere durch unfaire Dumpingpreise außereuropäischer Hersteller und kurzfristig verschlechterte Rahmenbedingungen erheblich getrübt.

Insbesondere der derzeitige massenhafte Import von Solarmodulen chinesischer Hersteller führt zu einem enormen Preisverfall für Module in der EU. Aufgrund einer US-Regelung zum Importverbot von Solartechnik aus Regionen mit Zwangsarbeit gelangen viele der ursprünglich für die USA vorgesehenen Solarmodule nun auf den europäischen Markt. Bis Ende 2023 wird der Import von Solarmodulen in die EU voraussichtlich mehr als doppelt so hoch liegen wie die Leistung, die im gesamten Jahr 2022 in der EU zugebaut wurde. Aufgrund der massiven Subventionen des chinesischen Staates für dort hergestellte PV-Module können Hersteller in Europa diesem Wettbewerb unter den aktuell geltenden Rahmenbedingungen nicht standhalten.

Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass aufgrund des Inflation Reduction Act (IRA) für die PV-Produzenten starke Anreize für Investitionen in den USA gesetzt sind. Es droht also ihre Abwanderung.

Deutschland strebt in seiner China-Strategie eine stärkere Diversifizierung bei Rohstoffen sowie Schlüssel-Technologien und damit auch eine weitgehende Unabhängigkeit von chinesischen Produkten an. Mit ihren Zielen für ein „De-Risking“ verfolgt die Europäische Kommission dasselbe Anliegen resilienter Lieferketten. Es besteht daher die Notwendigkeit einer angemessenen gemeinsamen europäischen Antwort auf die genannten Herausforderungen. Damit die Solarbranche in Deutschland und Europa eine Zukunftsperspektive hat, braucht es die Unterstützung seitens des Bundes und der EU.

### **10 Punkte-Programm**

#### **Handlungsmöglichkeiten seitens der EU**

1. Die Europäische Kommission ist gefordert, zusätzliche Anstrengungen zur Schaffung vergleichbarer Wettbewerbsbedingungen für die europäische Solarindustrie zu unternehmen. Es bedarf dazu u.a. kurzfristig wirksamer Maßnahmen sowie einer Neugestaltung und Entbürokratisierung des europäischen Beihilferechts mit dem Ziel einer besseren und raschen Förderung von Produktion und Forschung.

2. Es muss sichergestellt werden, dass nur solche Produkte der Solarindustrie auf dem europäischen Markt zugelassen werden, deren Herstellungsbedingungen den europäischen Qualitätsstandards und perspektivisch den Zielen des European Green Deals entsprechen. Die Netto-Null-Industrie-Verordnung (NZIA) mit dem Ziel die Wettbewerbsfähigkeit emissionsfreier Technologien zu stärken muss deshalb beschleunigt werden.  
Zudem muss die EU-Verordnung zum Verbot von Produkten aus Zwangsarbeit auf dem Unionsmarkt schnellstmöglich wirksam werden. Dabei ist darauf zu achten, dass die Unternehmen in der derzeit wirtschaftlich schwierigen Lage nicht noch mehr mit Bürokratie belastet werden. Bereits kurzfristig sollte die EU-Kommission durch Auslegungshinweise zum Vergaberecht den Ausschluss von Angeboten ermöglichen, wenn Anhaltspunkte für Zwangsarbeit oder Ausbeutung in der Produktion vorliegen.  
Zudem werden die Länder die bestehenden nationalen Möglichkeiten – gerade mit Blick auf die aktuell herausfordernde Lage der Branche – konsequent zur Anwendung bringen.
3. Die europäische Förderkulisse muss insbesondere im Hinblick auf international einheitliche Wettbewerbsbedingungen auf ihre Eignung für die Erreichung europäischer PV-Produktionssouveränität bis 2030 überprüft und auch auf Regionen ausgeweitet werden, die bisher nur eingeschränkt fördern können. Die Ansiedlungs- bzw. Förderpolitik muss weiterhin konsequent die gesamte Wertschöpfungskette der PV-Industrie, vom Silicium bis zum Solarmodul, in den Blick nehmen. Nur so kann das strategische Ziel einer resilienten europäischen PV-Produktion erreicht werden.

### **Handlungsmöglichkeiten seitens des Bundes**

4. Das durch den Bund aufgelegte Interessenbekundungsverfahren „Leuchtturmprojekte der Solarindustrie“ wird einschließlich eines umfassenden finanziellen Engagements des Bundes begrüßt. Die Solarindustrie-Länder halten eine Beschleunigung der einzelnen Verfahrensschritte für geboten. Eine Ausweitung der Förderung auf die Betriebskosten, z.B. in Form befristeter Beihilfen, ist zu prüfen. Ebenfalls ist eine Ausweitung auf Regionen, die bisher nur eingeschränkt fördern können, geboten.
5. Die vom Bund konzipierten Solarpakete müssen eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Solarbranche einschließlich der Hersteller der Ausgangsstoffe bewirken. Hier ist der Bund gefordert, eine konsistente Strategie vorzulegen, bei der bspw. auch die Einführung von Instrumenten zur Sicherstellung eines Mindestanteils von in der EU produzierten PV-Modulen zu prüfen ist.
6. Bei Ausschreibungen oder der Einspeisevergütung sind zwingend Qualitäts- und Nachhaltigkeitskriterien wie Recycling-Fähigkeit, CO<sub>2</sub>-Fußabdruck oder Arbeitsbedingungen in der Produktion zu berücksichtigen. Eine Möglichkeit wäre in diesem Zusammenhang die Schaffung von Resilienz-Auktionen und Resilienz-Boni für PV-Systeme mit einem Mindestanteil an europäischer Wertschöpfung im Rahmen der anstehenden EEG-Novelle. Der Kauf von Solartechnik, die Qualitäts- und Nachhaltigkeitskriterien erfüllt, muss auch für Privatpersonen einen finanziellen Vorteil bieten. Ein möglicher Ansatzpunkt, um den Kauf von in Europa hergestellter Solartechnik für Kunden attraktiver zu gestalten, wäre beispielsweise ein neues Programm für zinsverbilligte Darlehen oder entsprechende Zuschussprogramme.

7. Ergänzend müssen kleinen und innovativen Unternehmen der PV-Industrie optimale Rahmenbedingungen für die weitere Entwicklung geboten werden. Dazu gehören gute und zielgerichtete Unterstützung bei Forschung, der Personalgewinnung sowie attraktivere Finanzierungselemente. So kann der Vorsprung beim wissenschaftlich-technischen Know-How gehalten und weitere Wertschöpfung in Deutschland generiert werden.
8. Forschung und Entwicklung in Bezug auf die Solarindustrie müssen weiter vorangetrieben werden, um beispielsweise Rohstofffragen oder die Problematik der Recyclingfähigkeit zu lösen.
9. Darüber hinaus wird die Bundesregierung gebeten, die Einhaltung gleicher Spielregeln für alle Marktakteure („level playing field“) sicherzustellen.
10. Die Bundesregierung ist zudem aufgefordert, die mit dem Temporary Crisis and Transition Framework (TCTF) einhergehenden Spielräume unverzüglich und vollumfänglich auf nationaler Ebene zur Stützung der Solarindustrie zu nutzen und sich bei der EU für eine gebietsneutrale Leistung der Beihilfen einzusetzen. Ein Förderwettbewerb ist zu vermeiden.  
Aufgrund der zu erwartenden starken Überzeichnung des geplanten Budgets, wird die Bundesregierung aufgefordert die Mittel deutlich zu erhöhen. Nur so kann das Programm die gewünschte Wirkung entfalten und Deutschland sowie Europa seine Rolle in der Solarindustrie stärken.

Dieses 10 Punkte-Programm werden wir der Bundesregierung, den Abgeordneten des deutschen Bundestages und der Europäischen Kommission übermitteln. Wir halten eine rasche Umsetzung für die Zukunftsfähigkeit der Branche sowie den Erfolg der Energiewende in Deutschland für unverzichtbar. Eine Abwanderung der europäischen Solarindustrie würde unweigerlich dazu führen, dass der Anschluss an die Technologieführerschaft verloren geht und erhebliche neue Abhängigkeiten entstehen.

Berlin, den 29. September 2023